Zugestellt durch Österreichische Post

Wir Steirer

BODENSTÄNDIG. MUTIG. STEIRISCH.
MARIO KUNASEK

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

FISCHBACH

Impressum: F.d.I.v.: FPÖ Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95
Bezirksparteiobmann Patrick Derler, Politische Information

AUSGABE JUNI 2024

Bericht von GR Stefan Grandtner Seite 2

Weitere Bürde für den fleißigen Bürger Seite 3

EU-Verkehrspolitik gefährdet Wohlstand Seite 4

Aus der Gemeindestube:

Geschätzte Bevölkerung der Gemeinde Fischbach

In der Gemeinderatssitzung vom 20. März 2024 wurde die Auflage zur Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes VF 4.06 und zur Flächenwidmungsplanänderung VF 4.07 zur Auflage beschlossen – „PV Freiflächenanlage Eichtinger".

Bei der oben angeführten Änderung handelt es sich um einen Antrag zur Bewilligung einer Freiflächen Photovoltaikanlage hinter dem Schulgebäude in Fischbach.

Aktuell besteht bereits eine bewilligungsfreie Anlage in der Größe von 400m². Durch den oben genannten Antrag soll diese Anlage auf 4000m² erweitert werden!

Die Details zur Erweiterung können von jedem Bürger während der Amtsstunden im Gemeindeamt eingesehen werden. Die PV-Anlage befindet sich nach aktuellem Stand nicht im sogenannten „Ortsbild", jedoch direkt an der Ortsbildgrenze.

Hiermit möchten wir Freiheitliche darauf aufmerksam machen, sich selbst im Gemeindeamt über dieses Bauvorhaben zu informieren. Es ist davon auszugehen, dass bei einer Bewilligung weitere Projekte dieser Art an anderen Standorten nahe der Ortsbildgrenze folgen. **Grundlegend stehen wir Freiheitliche in Fischbach der Forcierung von erneuerbarer Energie positiv gegenüber, jedoch ist aus unserer Sicht mit Bedacht vorzugehen, da ein Zupflastern unserer wunderbaren Natur und unserer Nutzflächen nicht das Ziel sein kann/darf. Wir Freiheitliche stehen für die Verbauung von Dachflächen vor Freiflächen.** Die geforderte Energiewende, welche die Regierenden von ÖVP und Grünen mit der Brechstange vorantreiben wollen, wird seinen Preis fordern. Durch die attraktiven Förderungen wird der Bau von Freiflächenanlagen noch weiter vorangetrieben werden. Für unsere Gemeinde und Heimat kann das ein Tor öffnen, welches man nicht mehr schließen kann. An dieser Stelle dürfen wir auch darauf hinweisen, dass unser wunderschönes Fischbach ein Höhenluftkurort ist und ob dieser nun mit extragroßen Photovoltaikflächen zugepflastert werden soll, steht aus unserer Sicht außer Frage!

An dieser Stelle möchten wir euch darauf hinweisen, dass jeder Bewohner der Gemeinde Fischbach das Recht hat, in das Entwicklungskonzept und in die Flächenwidmungsplanänderung Einblick zu nehmen und eine schriftliche Stellungnahme zu verfassen. Die eingebrachten Stellungsnahmen müssen seitens der Behörde bei der Bewilligung berücksichtigt werden.

Die Frist zur Einbringung einer Stellungnahme endet am **7. Juni 2024!**

Euer
GR Stefan Grandtner

Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe:

Eine weitere Bürde für den fleißigen Bürger

In den letzten Monaten hat die Einführung der Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe in den Gemeinden für kontroverse Diskussionen gesorgt. Die Freiheitlichen haben sich stets kritisch zu diesem Gesetz positioniert, da es, wie befürchtet, vor allem fleißige Bürger bestraft, die sich einen weiteren Wohnraum geschaffen bzw. einen solchen geerbt haben. Auch Ferienhausbesitzer werden zur Kassa gebeten.

Der Grundgedanke war jedoch ein anderer: große Investoren, die mit Wohnraum spekulieren, sollten zur Kassa gebeten werden. Übriggeblieben ist eine neue Steuer, die wieder einmal den fleißigen Bürger zur Kasse bittet. Im Schnitt 1.000 Euro pro Jahr für einen anständigen Bürger sind viel Geld. Für einen Investor, der mit Wohnraum spekuliert, fällt das kaum ins Gewicht. Anzumerken ist auch, dass die ÖVP auf Bundesebene versprochen hat, keine weiteren Steuern einzuführen. Dass man diesen Herrschaften nicht allzu viel Glauben schenken darf, sieht man an ihren Taten: Einführung einer CO_2-Steuer, Erhöhung der NOVA, Erhöhung der motorbezogenen Steuer, Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe und Vieles mehr.

Aber zurück zum ursprünglichen Gesetz: Natürlich gibt es Ausnahmemöglichkeiten für Betroffene, welche jedoch mit einem enormen, bürokratischen Aufwand verbunden sind. So könnte man festhalten: besser als Nichts!

Fakt ist aber, dass wir Freiheitliche in Zeiten von Teuerung und Belastungen diesem Gesetz und der Vorgehensweise der Regierenden nichts abgewinnen können und diese neue Steuer ablehnen!

Wir sind für dich da:

FPÖ BEZIRKSBÜRO WEIZ

NATHALIE UNTERBERGER
Bezirkssekretärin
Lederergasse 12, 8160 Weiz
0664/35 28 059
weiz@fpoe-stmk.at

UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN:

MITTWOCH: 08:00 - 13:00 Uhr
MO/DI/DO/FR: nach telefonischer Terminvereinbarung

EU-Verbotspolitik gefährdet unseren Wohlstand und unsere Sicherheit!

Neben der noch immer ungelösten, unkontrollierten Massenzuwanderung treibt uns die EU mit ihrer Verbotspolitik immer weiter an den Rand der Existenzfähigkeit. Seit dem damaligen Glühbirnen-Verbot hat sich die EU-Führung wieder zahlreiche andere Verbote einfallen lassen, mit denen sie in erster Linie den Bürgern in unserem Land schadet und kaum sinnvolle Veränderungen bewirkt. Unter anderem wurde das Plastik-Verbot, das drohende Verbot von Pflanzenschutzmitteln oder das Bargeld-Verbot auf Schiene gebracht. Diese Verbote werden in der gewohnten Salami-Taktik Stück für Stück umgesetzt. Wir dürfen diese sinnlosen Einschränkungen nicht mehr protestlos hinnehmen.

Auch das Aus für den Verbrenner kommt einem wirtschaftlichen Kahlschlag gleich. In manchen Regionen der Steiermark sind mehr als 70 Prozent der Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Automobilindustrie abhängig. Wenn die EU uns vorschreibt, auf alternative Antriebe umzusteigen, wird das massive Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben. Schon jetzt ist offensichtlich, dass die Kosten für Elektroautos im Vergleich zu Verbrennern für viele Bürger nicht tragbar sind.

Die kommende EU-Wahl kann richtungsweisend für die Zukunft Europas und damit auch für die Steiermark sein. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir alle unsere Stimme erheben und uns gegen die Verbotspolitik der EU zur Wehr setzen!

Ihr
Georg Mayer
Abgeordneter zum Europäischen Parlament